

NEUES AUS MÜLHEIM



Ersetzt ein neuer Leuchtturm den alten?

Chancen für das Tengelmänn-Gelände in Broich

Foto:Lutz Zimmermann

Der Vergleich mit dem ehemaligen Quelle-Versandhausgebäude in Nürnberg ist richtungsweisend! Hier wie dort muss aus einem alten, das Ortsbild prägende Gebäude etwas Neues entstehen, soll aber an das „alte, gewohnte“ Bild erinnern. Der „Tengelmänn“ ist doch aus Broich nicht wegzudenken. Zig-tausend Arbeiterinnen und Arbeiter pilgerten dort zu ihrer Arbeitsstätte, auch zum Schlachthof. Das wuchtige Broicher Gebäude steht nicht, wie das Nürnberger Quelle-Gebäude, unter Denkmalschutz, trotzdem soll die markante Gebäudehülle aus dem Jahr 1912 erhalten bleiben. Während in Nürnberg ein Düsseldorfer Entwickler das Neue plant, wird es in Broich die österreichische Soravia sein. Viele Entwickler hatten sich um das Gelände beworben. Da wurden wohl viele, unterschiedlichste Entwicklungsmöglichkeiten präsentiert. Der Mix aus Gewerbeflächen und Wohnungen mit einer grünen Verbindung zum Hochschulareal an der Duisburger Straße soll den Charme des Neuen ausmachen.

Wir wünschen uns, dass die Pläne mit den not-

wendigen Änderungen des Flächennutzungsplanes in den politischen Gremien umgesetzt werden. Die Hochschule Ruhr-West kann Räumlichkeiten im alten Gebäude finden. Kleine, altingesessene Mülheimer Firmen können dort eine Erweiterungsmöglichkeit finden. Innovative, entwicklungsfähige Start-Ups können mit Unterstützung und Begleitung der nachbarschaftlichen Hochschule dort ihren Ursprung nehmen. Das alles täte der Mülheimer Wirtschaft gut, brächte der Stadtkasse auf einer Zeitschiene hoffentlich Steuern in die Kasse und hätte für das Wohnumfeld eine aufwertende Initialzündung.

Das alles brauchen wir für Mülheim! Aus altem Bestand ein neues, modernes und zukunftsträchtiges Stadtquartier schaffen!

Hoffentlich werden nicht - wie in Mülheim üblich - durch unzählige Gutachten und Einsprüche die Pläne der Planer auf den „St.- Nimmerleins-Tag“ verschoben. Mülheim braucht schnelle, mutige Entscheidungen!



MH-Broich, Bülowstraße (Foto: Lutz Zimmermann)

Vermüllung, ein stadtübergreifendes Problem!

Das Müllaufkommen durch Corona ist bundesweit um 19 Prozent gestiegen! Okay, es wurde weit mehr online bestellt, da fällt Verpackungsmüll an.

Entschuldigt das aber die Vermüllung von Mülheim? Nein! Da müssen wir alle für unsere Stadt dagegenhalten.

Schon vor Corona haben wir das Problem zum Thema gemacht. Rund um den Bolz- und Spielplatz an der Charlottenstraße.

Was geschah: Der Antrag des „Bündnis für Bildung“ wurde an die Bezirksvertretung 1 - grob gesagt: alle Stadtviertel rechts der Ruhr außer Dümpten, Styrum und Winkhausen - verwiesen. Wir hatten den Antrag im Ratsausschuss für Bürgerangelegenheiten, Sicherheit und Ordnung gestellt. Im Ausschuss ist unsere Fraktion nicht vertreten. Der Vorsitzende, Werner Oesterwind - CDU - versuchte mir wortreich zu erklären, dass dies ein stadtteilbezogenes Problem ist und nichts in seinem Ausschuss zu suchen hat. Problem erledigt!

Nun aber stellt die CDU-Fraktion einen Antrag im Umweltausschuss mit der Begründung: „Die Beschwerden über verunreinigte Wertstoff-Containerstandorte sind in der letzten Zeit stark angestiegen.“ Liebe CDU, das ist nicht neu! Aber

ihr merkt es wenigstens jetzt auch, dass es kein stadtteilbezogenes Problem ist. Sagt es bitte auch dem ehemaligen CDU-Oberbürgermeisterkandidaten Werner Oesterwind.

Wie kommt man der Vermüllung bei? Ganz klar, wer Kartons einfach neben die Abfallbehälter stellt, muss mit einem deftigen Bußgeld belegt werden, genau wie alle festgestellten Umweltsünder.

Wer will schon - siehe Bild - neben solch einem Müllberg wohnen und seinen Feiertag mit Blick auf Müll genießen?

Schnellere Leerung der Container ist eine Möglichkeit. Einwohnerbezogene Müll“container“ eine aufwendige und für den Einwohner kostenintensive Möglichkeit; Abschaffung aller Containersammelstellen eine für umweltbewusste Mülheimer kaum vorstellbare Möglichkeit; Anzeigen der Müllsünder nur was für Denunzianten; Ansprache der Müllsünder keine erfolgsversprechende Möglichkeit.

Bitte helft! Was können wir tun, damit unsere Stadt nicht vermüllt und dass alle das Problem erkennen und beseitigen wollen?

Wahlen in Zeiten von Corona und Hygieneverordnungen

Gedanken zur Kommunalwahl 2020

Es ist offiziell! Die Kommunalwahlen finden, wie geplant, am 13.09.2020 statt.

Ich finde das prinzipiell gut, denn in Zeiten von Corona haben viele von den Damen und Herren, welche in Stadträten, Gremien und Verwaltungen sitzen, gezeigt, ob Sie in der Lage sind, eine Krise zu managen.

Selten hatten wir Bürger also eine so gute Gelegenheit zur Meinungsbildung.

Wir haben die Möglichkeit durch unsere Stimme bei einer Wahl Einfluss auf die zukünftige Ausgestaltung der Maßnahmen und Beschränkungen zu nehmen.

So weit, so gut, ABER: Wir haben 3 Monate vor der Wahl KEIN einheitliches Konzept zur Einhaltung der zahlreichen Hygieneverordnungen.

Wahlhelfer werden, wie zu jeder Wahl, händerringend gesucht. Die Tatsache, dass man dieses Mal wohl davon ausgehen darf, dass alle Wahlhelfer Mund-Nasenschutz und Handschuhe tragen „dürfen“, wird bei der Findung wohl wenig hilfreich sein. Das „üppige“ Erfrischungsgeld von ca. 50,- € ist in diesem Zusammenhang ein schlechter Witz. Viele Wahlhelfer aus der Vergangenheit waren z. B. Rentner, welche jetzt oftmals zur „Risikogruppe“ gehören.

Können wir überhaupt Wahlhelfer aus Risikogruppen einsetzen? Wurde an die Beschaffung von Schutzausrüstung gedacht? Wer zählt eigentlich zur Risikogruppe?

Wer wird die Beachtung der Schutzmaßnahmen überwachen? Es wird, davon können wir ausge-

hen, einige geben, die die Notwendigkeit von Abstandsregelungen und anderen Schutzmaßnahmen nicht einsehen. Und selbst wenn sich alle daran halten sollten, sind die Wahllokale überhaupt groß genug um einen Mindestabstand von 1,5 Metern zu gewährleisten? Wird dies vorher geprüft? Wenn ja, von wem?

Wahlversammlungen zur Präsentation von Wahlprogrammen/Kandidaten oder Haustürbesuche sind per se nicht zulässig, bzw. organisatorisch unmöglich zu stemmen. Kleine Parteien und Wählergruppen sind hierdurch massiv benachteiligt. Das verhindert wieder einmal das Einbringen von neuen Ideen und Persönlichkeiten in die Politik!

Bisher waren Pflegeheime u. ä. Einrichtungen ein beliebter Ort für Wahllokale, da sie oftmals barrierefreien Zugang gewährleisten. Leider sind

diese Orte oftmals auch Hotspots für Corona-Infektionen. Man muss bedenken: Barrierefreiheit gilt auch für Wahllokale. Der Schutz sowohl der Bewohner, als auch der Bürger, die nur zur Wahl gehen wollen, darf aber darunter nicht leiden.

Ich könnte noch stundenlang über die Desinfektion von Bleistiften, Wähler mit grippeähnlichen Symptomen und Warteschlangen schreiben. Aber ich vermute mal, wir alle haben an diesem Punkt bemerkt, dass da noch einiges an Planung und Arbeit auf die Städte und Kommunen zukommt.

Deshalb wären wir für eine Verschiebung der Wahl um mindestens 6 Monate! Einmal wegen der Chancengleichheit kleinerer Parteien, Wählergruppen und Einzelkandidaten, aber auch, um den Risikogruppen eine möglichst unbeschwerte Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen.



Lutz Zimmermann (Foto: Victoria Eminger)



Foto: Dennis Eminger

Kommunaler Würgegriff: Altschulden

Und jetzt kommen die immensen Kosten der Corona-Krise, mit der niemand, auch nicht unser städtischer Kämmerer Frank Mendack, rechnen konnte, oben drauf.

Seit ich Stadtverordneter bin, liegt mir sehr viel am Konnexitätsprinzip! „Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch!“ Wenn der Bundestag Gesetze beschließt, zum Beispiel im Sozialbereich, dann hat er den Kommunen, die diese beschlossenen Leistungen auszahlen müssen, auch zu erstatten. So wurde das Gesetz zum Unterhaltsvorschuss verbessert. Lobenswert! Da die Kommunen, so auch Mülheim, dieses Gesetz umzusetzen haben und die Leistungen - eine besondere Hilfe für Kinder von Alleinerziehenden - auszahlen, haben sie erst einmal Kosten. Sie versuchen, diesen Vorschuss von dem unterhaltspflichtigen Elternteil „beizutreiben“. Meist mangels entsprechenden Einkommens vergebens. So bleibt unsere Stadt auf den Kosten des in Berlin beschlossenen Gesetzes sitzen!

Das ist nicht das einzige Beispiel! Ich denke nur an die Kosten unserer so „vorbildlichen“ städtischen Leistung in der Flüchtlingskrise!

Natürlich hat die Stadtverwaltung und der Rat auch eigene, kostenträchtige Fehlentscheidungen getroffen: Zinswetten!

Entbindet das aber die Bundes- und Landesregierung davon, über das gesamte Bundesgebiet für vergleichbar einheitliche Bedingungen in den Kommunen zu sorgen? Ich denke: Nein!

Der Bundesfinanzminister, Olaf Scholz, wollte mit einem umfassenden Hilfspaket, an dem sich auch die Länder beteiligen sollten, den notleidenden Kommunen helfen. Er scheiterte, auch am Widerspruch aus Bayern.

Nun fordern auf einmal die GRÜNEN im NRW-Landtag ein Konzept für die gebeutelten Revierstädte. Prima! Als die GRÜNEN mit der SPD die Landesregierung unter der Mülheimerin Hannelore Kraft bildeten, wurden die Kosten der Flüchtlingskrise, die sie vom Bund erhielten, nicht an die Städte durchgereicht.

In der Opposition kann man jetzt immer gut etwas fordern, was man als Regierungspartei nie und nimmer hätte tun wollen!

GRÜNE, ich erinnere euch daran! Der Mülheim Kasse hätte es damals gut getan! Gut täte es auch heute!

Impressum

Bündnis für Bildung
Dickswall 18
45468 Mülheim an der Ruhr

Telefon: 0208 74 12 63 51
e-Mail: gs@bfb-muelheim.de

Facebook: @binsofair
(<https://www.facebook.com/binsofair>)

Twitter: @binsofair
(<https://twitter.com/binsofair>)